



Erstmals „Denkzettelwahl“ in Deutschland

Der AfD ist es gelungen, Nichtwähler zu mobilisieren und das Thema Flüchtlinge wieder hochzuspielen

Florian Niederndorfer aus Berlin

Das die Rechtspopulisten der AfD bei den deutschen Bundestagswahlen weit stärker, die beiden Unionsparteien hingegen schwächer als vorhergesehen abgeschnitten haben, war am Montag das Hauptthema bei der traditionellen Analyse der deutschen Meinungsforscher.

Wer, war die Frage, sind die sechs Millionen Deutschen, die am Sonntag für Alice Weidel und Alexander Gauland gestimmt haben? Woher sie kommen, darauf gibt die Wählerstromanalyse eine Antwort. 980.000 ehemalige Wähler von CDU und – der ebenso abgestraften – CSU kreuzten am Sonntag AfD an, 470.000 waren es bei der SPD. Auch von der Linken wechselten 400.000 Wähler zu den Rechten. Warum diese Menschen so gewählt haben, wie sie gewählt haben, versuchte am Montag ein Quartett führender Meinungsforscher zu erklären.

Angela Merkels CDU habe beim Thema Innere Sicherheit, historisch ein Leib- und Magenthema der Konservativen, seit der Flüchtlingskrise 2015 an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Dass es der AfD durch „gezielte Provokationen“ und geschickte Medienarbeit in den letzten vier Wochen vor der Wahl gelungen ist, die Flüchtlingspolitik wieder aufs Tapet zu bringen, habe den Populisten den entscheidenden Schwung verliehen, sagte Renate Köcher vom Institut für Demoskopie Allensbach.

Man dürfe nun aber nicht den Fehler machen, die Partei und ihre Wähler pauschal als „rechts-extrem“ oder „Nazis“ zu bezeichnen. Damit würde man den Motiven ihrer sechs Millionen Unterstützer nicht gerecht, die in den Augen der Meinungsforscher erstmals in der Geschichte bei einer Bundestagswahl einen „Denkzettel“ ausgestellt haben. Schließlich, so Peter Matuschek vom Institut Forsa, verdanke die

AfD ihre 94 Mandate im neuen Bundestag zu einem großen Teil ehemaligen Nichtwählern. 1,4 Millionen Menschen, die 2013 nicht zur Wahl gingen, gaben ihr diesmal die Stimme. „Diese Menschen sind traditionell ehemalige Wähler der beiden Großparteien, nicht Anhänger von radikalen Parteien“, sagt Matuschek.

Kaum Mobilisierungskraft

Dass die Union an die wiedererstarke FDP noch mehr Wähler verlor als an die AfD, nämlich 1,36 Millionen, erklärt Matthias Jung von der Forschungsgruppe Wahlen mit mangelhafter Mobilisierungskraft und damit, dass sie sich zu lange auf den Amtsbonus ihrer nach wie vor populären Kanzlerin verlassen habe. Viele bürgerliche Wähler seien davon ausgegangen, dass Merkel ohnehin Regierungschefin bleibt – und wollten mit der Stimme für die Liberalen protestieren.

Die Wahlergebnisse von 2013, als die Union noch 41,7 Prozent

erreichte, seien jedenfalls nicht mit jenen von heute vergleichbar. Damals habe es sich um ein „außergewöhnlich hohes Ergebnis“ gehandelt, ist man sich auf dem Podium einig. Verglichen mit 2009, als CDU und CSU zusammen auf 33,8 Prozent kamen, konnte sich die Union auf einem stabilen Niveau einpendeln. Während das Lager rechts der Mitte im Wesentlichen seit 1998 gleich groß geblieben ist, mache sich auf der linken Seite Erosion bemerkbar. Merkels umstrittene Flüchtlingspolitik habe die Verwundbarkeit der Union von rechts offengelegt, sagt Nico Siegel, Chef von Infratest Dimap, der nicht von einer „Schockwahl“ sprechen will. Schon 2013, also zwei Jahre vor dem großen Flüchtlingsstrom aus Syrien, sei eine breite Mehrheit für eine restriktivere Flüchtlingspolitik gewesen, sagt er. Die Orientierung der Union in die Mitte habe dies ignoriert. Nun habe sie dafür die Quittung erhalten.